

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

91 (2.8.1947)

NEUESTE NACHRICHTEN

Die Änderung des Säuberungsgesetzes vor dem württ.-badischen Landtag

Dr. Cahn-Garnier berichtet über den Initiativ-Gesetzentwurf der DVP

Stuttgart, 1. August (Dena). Über Anträge des Rechtsausschusses zum Initiativgesetzentwurf der Demokratischen Volkspartei (DVP) über die Änderung des Säuberungsgesetzes (Säuberungsgesetz) berichtete in der Sitzung des württembergisch-badischen Landtags der Abgeordnete Dr. Cahn-Garnier (DVP).

Er führte aus, daß das Gesetz in seiner bisherigen Form nicht erfüllt habe, die Hauptschuldigen im ganzen Umfang zu erfassen, während Mißläufer oft mit zu großer Härte beurtelt worden seien. Bei Beibehaltung der bisherigen Fassung des Gesetzes würde die Durchführung der politischen Bestrafung noch drei bis vier Jahre andauern.

In den Abänderungsträgen des Rechtsausschusses heißt es nach dem Bericht Dr. Cahn-Garniers unter anderem, daß auch kleine Amtsträger mit untergeordneter Funktion in der NSDAP als Mißläufer gelten können, wenn sie den Nationalsozialismus nur wesentlich durch ihre Tätigkeit gefördert haben. Ein Betroffener sei als entlastet anzusehen, wenn er aktiven Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet habe. Auf der anderen Seite aber sei derjenige politisch verantwortlich zu machen, der nach dem 8. Mai 1945 noch nicht umgekehrt habe.

Im Länderrat

Nach Dr. Euzig-Bericht wurde der Entwurf des Länderrats zu einem Ergänzungsgesetz zum Gesetz der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege angenommen mit Ausnahme des § 1. Danach hätte der Vermerk im Strafregister bei Aufhebung oder Änderung eines Urteils nicht vermerkt oder unkenntlich gemacht werden sollen, damit dem Verurteilten auch weiterhin die Möglichkeit bleibt, den Nachweis einer politischen Bestrafung zu erbringen.

Die Bitte des Länderrats an die Militärregierung, daß von russischer Seite Forderungen der Kriegsgefangenen herausgegeben werden sollten, wurde von der Militärregierung abgelehnt und der Antrag des Länderrats aufgeschoben, wonach die Strafkammern auf die Richter auch mit Schöffen besetzt werden können.

Laut Dena beschloß das Direktorium des Länderrats am 31. Juli, die Militärregierung

um eine Änderung der Bestimmung über die Handhabung der Kontensperrungen und um Aufhebung der Vermögenssperre für unbelaastete Familienangehörige zu bitten. Ferner wurde beschlossen, Arbeitsgemeinschaften für Heimkehrer und Kriegsgefangene mit einem Referenten beim Länderrat zur Erleichterung des Einlebensprozesses für Heimkehrer zu schaffen.

Englands Wirtschaft und Abrüstung

Ein Notprogramm soll die Lebensmittelfuhr beschränken und 48 000 Soldaten sollen beschleunigt entlassen werden

London, 1. Aug. (Dena-Reuter). Großbritannien hat am 25. Juli seiner Dollaranleihe weitere 300 Millionen Dollar abgerufen, wodurch sich die Abrufe während des Juli auf insgesamt 700 Millionen Dollar erhöht haben. Von der ursprünglich 1/2 Milliarden Dollar umfassenden Anleihe verbleibt lediglich noch eine Milliarde, die, wie angenommen wird, bis Ende des Jahres verbleibt sein wird. Der ungewöhnlich hohe Betrag von 700 Millionen Dollar, den Großbritannien im Juli abgerufen hat, ist ausschließlich auf erhöhte Ausgaben infolge der freien Konvertierbarkeit des Pfundes in Dollar zurückzuführen. Die Anleihe sollte ursprünglich bis zum Jahr 1950 ausreichen. Das augenblickliche monatliche Defizit Großbritanniens gegenüber den Ländern des Dollars-Gebietes liegt auf der Höhe von 200 Millionen Dollar.

Die Regierung Großbritanniens beabsichtigt, die britischen Einfuhren in den nächsten sechs Monaten um rund 70 Millionen Pfund Sterling herabzusetzen, um der gegenwärtigen Wirtschaftskrise Großbritanniens zu begegnen.

Der britische Premierminister Clement Attlee, Außenminister Ernest Bevin, der Präsident des Kronrats Herbert Morrison, Schatzkanzler Hugh Dalton und Handelsminister Sir Stafford Cripps haben sich, wie verlautet, am 31. Juli mit den Einzelheiten eines Krisenprogramms beschäftigt, das Ministerpräsident Clement Attlee dem britischen Parlament unterbreiten wird.

Das Krisenprogramm soll, wie ein Reuter-Korrespondent meldet, die Einfuhr von Fleisch, Früchten und Lebensmittelmischungen nach Großbritannien beschränken, sowie die Einfuhr von Rohmaterialien drosseln. Weiterhin sollen Einsparungen bei Dollar-Ausgaben für britische Streitkräfte im Ausland, insbesondere in Österreich und Venezuela, vorgesehen sein.

Die Herabsetzung der britischen Armee durch eine beschleunigte Demobilisierung wurde im britischen Parlament von Kriegsminister F. J. Belenger angekündigt. Belenger erklärte in der Debatte über die Ausgaben des Kriegsministeriums, die britische Regierung beabsichtigt, eine Vergrößerung der aktiven Armee, die aus Freiwilligen besteht, jedoch während des Krieges eingezogene Offiziere und Mannschaften in den letzten drei Monaten dieses Jahres entlassen werden.

Die Parlamentsmitglieder der Labour-Party billigten einstimmig die von Premierminister Clement Attlee bekanntgegebenen Maßnahmen zur Behebung der wirtschaftlichen Krise, erklärte Maurice Webb, ihr Fraktionsvorsitzender. Die Abgeordneten sagten ihnen sei versichert worden, daß die durch die Krise notwendig gewordenen Opfer von allen Schichten der Bevölkerung gleichmäßig getragen würden.

Im Telegrammstil

Washington. Die Export-Import-Bank genehmigte einen Kredit an Österreich in Höhe von 13 000 000 Dollar. (Dena-Reuter)

Boston. Der amerikanische Journalist Douglas Chandler ist am 30. Juli des Verfalls für schuldig befunden und zu lebenslangem Zuchthaus sowie zu einer Geldstrafe von 10 000 Dollar verurteilt worden. Chandler hat während des Krieges in Deutschland im Berliner Rundfunk unter dem Pseudonym Paul Severer für die Nazi-Propaganda gearbeitet. (Dena-INS)

London. König Georg der VI. erteilte am Donnerstag in einer Sitzung des Kronrats formell seine Zustimmung zu der Eheschließung seiner Tochter Prinzessin Elizabeth mit Leutnant Philipp Mountbatten. (Dena-Reuter)

Den Haag. Das niederländische Oberhaus hat am 30. Juli das Zolluniongesetz (Belgier, Holland, Luxemburg) gebilligt. (Dena-INS)

Rom. Die italienische verfassungsgebende Versammlung hat, laut AFP, am 31. Juli den Italienischen Friedensvertrag ratifiziert. (Dena)

Heidelberg. Die Zerstörung sämtlicher militärischer Einrichtungen in den West- und deutschen Wehrmacht in Württemberg-Baden und Hessen durch amerikanische Sprengkommandos wird bis zum 1. August abgeschlossen sein. (Dena)

Wiesbaden. Der viertausendste freiwillige Bergarbeiter für die Ruhr wird in amerikanische Besatzungszone Deutschlands Anfang der kommenden Woche verladen. (Dena)

Wiesbaden. Insgesamt 11 Spruchkammerurteile, 23 Kläger und 63 Belastete der Angehörige der KPD sind, traten

Die Direktorenwahl des Wirtschaftsrates

Walter Fisch, KPD: Der Wirtschaftsrat ist eine Fehlkonstruktion

Frankfurt, 1. Aug. (Dena). Von den gewählten Direktoren der Hauptverwaltungen des bizonalen Wirtschaftsrates in Frankfurt haben bisher nur Dr. Johann Semmler, Direktor für Wirtschaft und Dr. Hans Schlangensiefen, Direktor für Ernährung und Landwirtschaft ihr Einverständnis zur Amtsübernahme erklärt.

Generaldirektor Eugen Fischer erklärte in einem Interview, er sei für den Posten des Direktors für Verkehr ohne sein Einverständnis vorgeschlagen worden und habe, als man ihn fragte, von vornherein abgelehnt. Er werde die Stellung des Präsidenten der Generaldirektion SÜD, die er jetzt innehat, beibehalten.

In Kreisen des Wirtschaftsratspräsidentiums hält man die Einberufung einer außerordentlichen Vollversammlung des Wirtschaftsrates wegen der Ablehnung Fischers, das Direktorium für Verkehr zu übernehmen, für möglich. Diese Vollversammlung sollte dann die Neuwahl durchführen.

Wie Dena-APP aus Bielefeld meldet, haben die Vertreter der FDP mit der Unterstützung des Vorschlages der CDU zur Besetzung der Direktorenposten im Wirtschaftsrat eine Einzelentscheidung getroffen, die in keiner Weise eine einseitige Festlegung bedeutet, sondern je nach der Situation auch die Unterstützung anderer politischer Gruppen unterläßt. So heißt es in einer Erklärung der Zentrallausschuss der FDP ab.

Das Kabinett von Nordrhein-Westfalen besprach am 30. Juli die Frage der Vertretung des Landes im Exekutivrat der bizonalen Wirtschaftsbehörden in Frankfurt, ohne eine Einigung zu erzielen. Die Benennung des Vertreters von Nordrhein-Westfalen soll auf Kabinettssitzungen in der nächsten Woche erfolgen.

Wie Dena aus Frankfurt meldet, erklärte Walter Fisch vor deutschen und amerikanischen Journalisten, die KPD-Landesleitung Hessen werde unter keinen Umständen eine Bescheinigung der in der Landesverfassung festgelegten Rechte des Volkes durch die Kompetenzen des Wirtschaftsrates zulassen. Die KPD Hessen werde für strikte Durchführung der in der hessischen Verfassung angenommenen Artikel 37 bis 42 eintreten. Der Wirtschaftsrat selbst sei eine Fehlkonstruktion.

Pfennig bleibt nicht Pfennig

Düsseldorf, 1. Aug. (Dena). Finanzminister Dr. Heinrich Wetz erklärte am 30. Juli vor dem Landtag von Nordrhein-Westfalen, nach einer jetzt veröffentlichten Erklärung der Finanzstelle für die britische Zone solle „Mark Mark“ bleiben. Das bedeute jedoch nicht, daß auch „Pfennig Pfennig“ bleibe. Es sei zu erwarten, daß das gesamte Hartgeld entwertet werde. Auch die Annahme, daß durch Anlage des heute leichtverdienenden Geldes in Hypotheken das Geld über die Währungsreform hinwegzureden sei, ist, nach den Ausführungen von Minister Wetz, falsch. Die Grundbuchämter hätten die Aufgabe, die Geldgeber für solche Hypotheken und ihre Einnahmen genau zu überprüfen.

Die Botschaft General Clays an die Armeeluftwaffe

Frankfurt, 1. Aug. (Dena). In einer Botschaft anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der amerikanischen Armeeluftstreitkräfte am 1. August erklärte General Lucius D. Clay, der Militärgouverneur der US-Zone, daß, solange in der Welt noch nicht die vier Freiheiten und gegenseitiges Vertrauen herrschen, nur eine moderne Luftwaffe den Einsatz der Atombomben gegen die USA verhindern kann. General Clay weist darauf hin, daß seit Hiroshima das Meer für die USA kein natürlicher Schutz mehr ist und sagt: „Wir müssen eine Militärmacht unterhalten, die in der Lage ist, gegen unser Land gerichtete Pläne oder Handlungen irgend eines Angreifers zu durchkreuzen.“

Deutsche und italienische Werte in ehemaligen Feindstaaten

Washington, 1. Aug. (Dena-INS). Die amerikanische Regierung übermittelte dem sowjetischen Außenminister Molotow am 29. Juli eine Note, in der sie erklärte, daß die Verfügung über deutsche und italienische Vermögenswerte in Ungarn, Bulgarien und Rumänien durch die jeweiligen Friedensverträge geregelt sei. Die amerikanische Regierung könne daher eine bereits vorgenommene oder im Gange befindliche Überführung derartiger Vermögenswerte nach der Sowjetunion lediglich als eine Maßnahme „provisorischen Charakters“ ansehen. Die britische Regierung hat der Sowjetunion bereits am 29. Juli eine entsprechende Note übermittelt.

Reisen in die Sowjetzone

Kassel, 1. Aug. (Dena). Nach einem von der Eisenbahndirektion Kassel veröffentlichten Merkblatt über die bestehenden Vorschriften für Reisen in die Sowjetzone müssen sich Umsiedler vor Antritt der Reise in die Sowjetzone beim Amt für polizeiliche Abmeldung, Lebensmittelkartenbescheinigung, Zustimmung der Eisenbahnen und Zivillistenregister, bis zum 15. Juli 1947 sind 224 351 Kriegsgefangene und 22 632 Zivilinternierte aus der Sowjetunion entlassen worden. (Dena)

Berlin. Zwei Vertreter der SPD, CDU, FDP, NLP, KPD und des Zentrum aus der britischen Besatzungszone sind vom 4.-9. August nach England eingeladen worden, wo sie mit dem System der britischen Selbstverwaltung vertraut gemacht werden sollen. (Dena)

Berlin. Die amtierende Berliner Oberbürgermeisterin Louise Schröder empfing am 31. Juli den württembergisch-badischen Landwirtschaftsminister Heinrich Stöck und sprach mit ihm eine Unterredung über Fragen der Ernährung und Verwaltung. (Dena)

Berlin. Der amerikanische Kriegsminister Kenneth Royal ist am Mittwoch um 18.30 Uhr in Berlin eingetroffen. (Dena)

Berlin. Der amerikanische Kriegsminister Kenneth C. Royal erklärte am 1. August, Deutschland müsse wegen seiner Bedeutung für Europa in den Marshall-Plan „oder einen anderen Plan“ für den Wiederaufbau Europas einbezogen werden, meldete W. Gallagher AP.

Berlin. Die Feier des 40. Jahrestages der amerikanischen Luftstreitkräfte fand am 1. August auf dem Flugplatz Tempelhof statt. (Dena)

Berlin. Der Länderrat der amerikanischen Besatzungszone hat mit Zustimmung der amerikanischen Militärregierung ein dem dänischen Ruten Kreuz ein Abkommen über die Durchführung einer Schutzimpfung gegen Tuberkulose durch Vertreter des dänischen Ruten Kreuzes getroffen. (AP)

Reisen ausländischer Kaufleute in die Bize erleichtert

Berlin, 1. Aug. (Dena). Neue Richtlinien für Reisen ausländischer Geschäftsleute nach der amerikanischen und der britischen Besatzungszone Deutschlands wurden am 31. Juli vom Direktor der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, Oberst Lawrence Wilkinson, und dem Präsidenten der Wirtschafts-Unterkommission der britischen Militärregierung für Deutschland, Sir Cecil Weir, bekanntgegeben.

Der neue Plan wird als ein weiterer Schritt zur Förderung des deutschen Exporthandels bezeichnet. Sein Hauptvorteil liegt in der Erleichterung des Besuchs ausländischer Geschäftsleute, insbesondere aus den Nachbarländern.

Anerkennung für den Eisenbahner
Berlin, 1. Aug. (Dena). Oberst J. S. Niles, der Direktor der Omgus-Transport-Abteilung, bezeichnete am 30. Juli die Berichte, nach denen er erklärte, die deutsche Eisenbahn trage allein die Schuld an dem Nichterreichen der gesteckten Ziele im Reparaturprogramm für Lokomotiven und Waggon, als nicht zutreffend. Oberst Niles betonte, daß die schwierigen Aufgaben, denen die deutschen Eisenbahner gegenüberstehen, nicht unterschätzt und daß er die Zeit unter persönlichen Opfern geleistete gute Arbeit voll anerkenne.

Morde in Palästina

London, 1. Aug. (Dena-Reuter). Die 4 500 jüdischen Flüchtlinge, die versucht hatten, mit der „President Warfield“ nach Palästina zu gelangen, wurden von der britischen Küstenflotte aufgehalten. Die jüdischen Flüchtlinge, die unter Umständen nach Palästina oder Zypern gebracht werden.

Der amtierende Hauptabnehmer in der britischen Hauptstadt, Dayan Lazarus, erklärte am 30. Juli zu der Erhöhung von zwei britischen Sergeanten durch die jüdische Terroristen-Organisation „Irgun Zwaï Leumi“, es sei eine schreckliche Tat, weil sie im Widerspruch zu den religiösen Prinzipien und der Geschichte der Juden stehe.

Der britische Kolonialminister Arthur Creech Jones bestätigte am 31. Juli vor dem Unterhaus die Erhängung der zwei britischen Sergeanten in Palästina und erklärte: „In der langen Geschichte der Gewalttätigkeiten in Palästina hat es kaum eine abschaulichere Tat gegeben, als die kaltblütige und berechnende Ermordung dieser unschuldigen jungen Männer, nachdem man sie länger als vierzehn Tage als Geiseln festgehalten hatte.“

Weltsicherheitsrat und Indonesien
New York, 1. Aug. (Dena-Reuter). Die Erörterung der niederländisch-indonesischen Streitfrage begann am 31. Juli im Weltsicherheitsrat. Im Verlauf der Debatte wurden von sowjetischer und amerikanischer Seite

Die amerikanischen Wirtschaftspläne für Westdeutschland und die Ruhr

Ein Teil der Verantwortung für die Organisation des Ruhrbergbaus soll Deutschen übertragen werden / Vorschlag für Weltbank-Anleihe

Paris, 1. Aug. (Dena-INS). Über die amerikanischen Wirtschaftspläne für Westdeutschland und die wirtschaftlichen Verpflichtungen Großbritanniens finden gegenwärtig inoffizielle Besprechungen statt, bei denen der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium William Clayton die Hauptrolle spielt.

Clayton sprach zunächst mit dem amerikanischen Botschafter Jefferson Caffery über den französischen Widerstand zu den Plänen der USA, die im Rahmen des Marshall-Plans eine Erhöhung der Stahl-Produktion im Ruhrgebiet vorsehen. Mit dem belgischen Ministerpräsidenten Paul Henry Spaak erörterte er dann die Haltung Belgiens zu den amerikanischen Vorschlägen, wobei Spaak die Unterstützung seines Landes zusagte. Die Belgier, so versicherte der Ministerpräsident, seien entschlossene Gegner der französischen Wünsche, Frankreichs Stahlindustrie anstatt der Ruhr zur „Werkstatt Europas“ auszubauen. Eine solche Entwicklung würde Belgisches Wirtschaft beeinträchtigen.

Ein Sprecher der italienischen Delegation bei den Pariser Besprechungen über den Marshall-Plan erklärte am 30. Juli, die Entscheidung, den Oberbefehlshabern der vier Besatzungszone Deutschlands die gleichen Fragebogen wie den 16 teilnehmenden Nationen zu übermitteln, bedeute nicht ohne weiteres, daß der deutsche Wiederaufbau in enger Zusammenarbeit mit dem der gegenwärtigen Teilnehmer-Staaten durchgeführt werde.

Wie Dena-Reuter aus Washington meldet, soll die völlig neue Organisation der Ruhrbergbau-Verwaltung, bei der ein großer Teil der Verantwortung deutschen Stellen übertragen wird und eine unmittelbare Einflußnahme der USA vorgesehen ist, als erster Punkt auf der vorläufigen Tagesordnung der nächsten Woche beginnenden Ruhrkohlen-Konferenz stehen.

Punkt zwei der Tagesordnung sieht Besprechungen über die Mittel vor, die eine merkliche Erhöhung der Lebensmittelerationen für Bergarbeiter garantieren sollen.

Punkt drei der Tagesordnung sieht einen Plan für die Verbesserung der Wohngelegenheiten für Bergarbeiter mit allen erforderlichen Einzelheiten vor.

Viertens soll die Versorgung der Bergwerke mit der für eine Höchstproduktion erforderlichen Maschinenausrüstung erörtert werden. Der Punkt fünf sieht Besprechungen für einen bevorzugten Wiederaufbau des Transportwesens geplant, damit die Kohle schnell an ihre Bestimmungsorte gelangen kann.

Die neue Verwaltung der Ruhrgruben sollte entweder auf die Dauer von fünf Jahren der „Kohlen-Treuhandgesellschaft“ unter britisch-amerikanischer Leitung übertragen werden, in der ein deutscher Treuhänder

händler unmittelbar bei der Wahrnehmung der örtlichen Aufgaben betraut wird, oder aber es sollte eine öffentliche Behörde mit der gleichen Verwaltungsstruktur für die Dauer von etwa 20 Jahren eingerichtet werden. Dies wird in einem Sonderbericht über die deutsche Industrie vorgeschlagen, die von Robert Moses, dem Leiter des New Yorker Planungsamtes, ausgearbeitet worden ist. Das amerikanische Außenministerium hatte diesen Bericht nicht zur Veröffentlichung freigegeben, da dies die kommenden britisch-amerikanischen Besprechungen über das Ruhrproblem beeinträchtigen könnte. Einzelheiten darüber sind trotzdem am 30. Juli an die Öffentlichkeit gedrungen.

Moses erklärte, daß von den Regierungen der USA und Großbritannien für den Wiederaufbau der Ruhrgruben eine Anleihe von der Weltbank aufgenommen und auch von anderen Quellen Beträge freigemacht werden könnten. Er wies darauf hin, daß beide Vorschläge die britischen Pläne einer Sozialisierung der Bergwerke auf unbestimmte Zeit verschoben würden. Eine Fortsetzung der gegenwärtigen Kontrolle der Kohlengruben bedeutet einen weiteren Rückgang oder sogar einen Zusammenbruch der Kohlenförderung.

Laut Dena-INS hat das amerikanische Außenministerium am 31. Juli den britischen Vorschlag angenommen, wonach die Stellvertreter der Außenminister der vier Großmächte am 1. Oktober in London zusammenzutreten sollen, um ihre Arbeit für den Entwurf eines deutschen und österreichischen Friedensvertrages wieder aufzunehmen. Die USA haben bei der Annahme dieses Vorschlages die Bedingung gestellt, daß Frankreich und die Sowjetunion gleichfalls Vertreter zu der Konferenz entsenden.

Die Zusammenarbeit Osteuropas

Prag, 1. Aug. (Dena). Die kürzlich von der Tschechoslowakei mit Jugoslawien, Bulgarien und Polen abgeschlossenen Handelsabkommen sind nicht lediglich Warenaustauschabkommen, sondern Vereinbarungen von politischer und allgemeiner wirtschaftlicher Bedeutung, erklärte laut Cetea ein leitender Beamter des Außenministeriums. Mit Hilfe dieser Vereinbarungen werden die Planwirtschaften der beteiligten Länder aufeinander abgestimmt und der weitgehenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit der slawischen Völker Gestalt gegeben.

IG-Farben-Werke bleiben deutsch

Berlin, 1. Aug. (Dena). Die einzelnen Werke und sämtliche Produktionseinrichtungen des aufgelösten IG-Farben-Konzerns sollen der deutschen Wirtschaft erhalten bleiben und denjenigen deutschen Interessenten übergeben werden, die die Gewähr für die beste, einwandfreie Nutzung bieten, erklärte am 31. Juli der Leiter des Kontrollrates für die IG-Farben-Werke, Konstantin Richardson Bronson.

Hüten wie drüben Schwierigkeiten

Berlin, 1. Aug. (Dena). Der württembergisch-badische Minister für Landwirtschaft und Ernährung, Heinrich Stöck, erklärte am 30. Juli, daß General Lucius D. Clay und Oberst Tulpanow von der sowjetischen Militäradministration nichts gegen eine gemeinsame Besprechung der Ernährungsminister aus allen Zonen einzuwenden hätten, sofern sie sich allein auf die Behandlung von Ernährungsfragen beschränke.

Bei seinen Unterredungen mit den Landwirtschaftsministern der Sowjetzone und dem sowjetischen General Smirnow über Siedlung und Bodenreform habe sich ergeben, sagte Minister Stöck weiter, daß die Schwierigkeiten „hüten wie drüben“ die gleichen seien.

Nahrungsmittelknappheit bis 1950

London, 1. August. (AP). Bis zum Jahr 1950 müsse die Welt mit der Fortdauer der gegenwärtigen Nahrungsmittelknappheit rechnen, wie der Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN, Sir John Boyd Orr, ausführt.

Die am 8. August in Genf beginnende Jahrestagung der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation werde die wichtigste Konferenz sein, die seit Kriegsende abgehalten worden ist.

Kurz beleuchtet

Holland befand sich gegenüber seinem Kolonialreich am Ende des 2. Weltkrieges fast in der gleichen Lage wie England gegenüber Indien. Dem Verlangen nach Selbständigkeit der Kolonialvölker mußte in irgend einer Form Rechnung getragen werden. England löste die Aufgabe mit klugem Nachgeben, die Holländer versuchten ähnliches in den Verträgen von Cheribon und Linggadja, in denen Java und Sumatra eigene Regierung im Rahmen des holländischen Reichs zugesichert wurde. Zu einem völligen Abzug aus ihren Kolonien konnten sich die Holländer wegen der damit verbundenen wirtschaftlichen Einbußen nicht entschließen. Die Kämpfe zwischen holländischen und indonesischen Truppen — ursprünglich mit „Polizeiaktion“ bezeichnet — entstanden tatsächlich über der Frage der gemeinsamen Ausübung der Polizeigewalt. Erst nach Beendigung der Kämpfe wird sich herausstellen, ob es sich um einen Kolonialkrieg handelt, in dem nach alter Tradition der Weiße den Farbigen unterjochen will; oder ob Holland sein Versprechen einhalten wird, den Farbigen Selbständigkeit zuzubilligen, freilich erst nach Entwertung der durch den Krieg zerstörten wirtschaftlichen Fäden. In jedem Falle sollte Holland wissen, daß sich — wenigstens — die Geschichte der kolonialen Eroberungen nicht wiederholt. H.B.



Der holländische Oberkommandierende in Indonesien, Gen.-Lt. S. H. Spoor, in seinem Hauptquartier auf Java. (Dena-Bild)

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Europa und die Ruhr

Die Augusthitze ist brennend, noch brennender aber sind die Probleme, die im Fernstudium die politische Welt bedrängen. Die Diplomatie ist bis zur Erschöpfung tätig, aber das Qualendste für eine verängstigte Welt...

Institution in ihrer Arbeit gelähmt wird, die schnell getan werden muß, um Arbeit und Brot, Kleidung und Heizung zu sichern. Wie soll die Zusammenarbeit Wirtschaftsrat - Exekutivrat gedeihlich ausfallen...

Zusammenarbeit Sauckels mit Generalen und das Märchen der Unkenntnis

Repressalien eins zu einhundertzwanzig - Loritz bleibt in Haft

Nürnberg, 1. Aug. (Dena). Die amerikanische Anklagevertretung legte in dem Prozeß gegen die 11 Sektorgeneräle Dokumente über die Behandlung italienischer Kriegsgesangener vor, aus denen die Zusammenarbeit der höchsten Kommandostellen des deutschen Heeres mit dem ehemaligen Besatzungsmächtern des Arbeitseinsatzes, Fritz Sauckel, hervorgeht.

Was wir im ersten Augenblick kaum für möglich gehalten haben, ist zur bitteren Wahrheit geworden. Die Repräsentanten des ehemaligen korrupten Hittersystems...

Der Fall Ohlendorf Der amerikanische Gerichtsmarschall, Oberst Charles W. Mayr, überreichte am 26. Juli die erweiterte Anklageschrift den Angeklagten im Fall gegen Otto Ohlendorf...

München, 1. Aug. (Dena). Ein von dem ehemaligen bayerischen Sonderminister Alfred Loritz gestelltes Gesuch um Haftentlassung wurde endgültig wegen weiterer Verdunklungsgefahr abgelehnt.

Gräfin Stauffenberg in Nürnberg Gräfin Mina von Stauffenberg, die Witwe des Obersten Graf Klaus von Stauffenberg, der am 20. Juli 1944 die Bombe im Führerhauptquartier legte, wurde in Nürnberg...

Das Recht jedes Angeklagten Berlin, 1. Aug. (Dena). In einer Direktive der amerikanischen Militärregierung an die Offiziere der Militärgerichte wird nochmals ausdrücklich das Recht jedes Angeklagten...

Versorgung mit Kartoffeln und Obst

Auf einer Informationsbesprechung des Landwirtschaftsministeriums hat Herr Dr. Sautter einen Überblick über die vorläufige Ernährungslage der nächsten Wochen und Monate gegeben. Auf Grund der Zusagen der amerikanischen Minister...

8.000 Gramm aufgerufen werden. Wenn die 1.000 Tonne, die Niedersachsen - wo im Gegensatz zu Württemberg eine rechte gute Ernte erwartet wird - an uns zu liefern...

Die Versammlung verlangt von den Behörden und Dienststellen einschließlich der unteren Kommunalbehörden eine Anweisung an alle Beamten, daß den Vertretern der Tageszeitungen und offiziellen Nachrichtenbüros...

Kanadier

Nach einem Manuskript von David Brock, Von Helmut Blum, Montreal Radio Kanada hat eine Kurzwellenstation die täglich um 20.30 Uhr und um 21.30 Uhr deutscher Zeit, auf Wellen 16M und 19,36 deutsche Sendungen bringt. In diesen Programmen werden außer Nachrichten auch Berichte über Kanada gesendet...

Interessantes in Kürze

Reichskanzlei-Trümmer für sowjetische Denkmäler Die Marmortrümmer der einstigen Reichskanzlei Hitlers sollen jetzt für die Errichtung von zwei Erinnerungsmalen für die Sowjetarmee verwendet werden...

Das freie Wort

Herr Werner Freundlieb, Bahnhofstraße 17 aus Karlsruhe schreibt uns: In ihrer heutigen Ausgabe erscheint unter der Rubrik „Das freie Wort“ eine Besprechung darüber, daß zum Zwecke der Entzifferung...

Die spitze Feder Eineinige Europa-Vereinere Ein hoher, zweifellos des bemühten Strebens würdiger Gedanke, alle Staaten der Erde in eine politische Gemeinschaft des Friedens und der Wohlfahrt zusammenzuschweißen...

Die spitze Feder

Denjenigen, die eine nutzbringende Arbeit verrichten, wird die Verpflegung auf halbe Rationen heruntergesetzt. Besondere Vergünstigungen werden entzogen. Wer freiwillig mehr arbeitet, kann sich eine Prämie verdienen...

Kriegsgefangene in Polen

Berlin, 1. August (Dena). Cordero Fritz, 7. 4. 1906; Cordero Gustav, 26. 8. 1912; Debnick Ernst, 15. 9. 1905; Debusch Georg, 1. 7. 1907; Degen Otto, 21. 10. 1889; Dethard Georg, 20. 12. 1923; Egel Georg, 14. 3. 1889; Egelhof Emil, 25. 11. 1924; Egelhofer Kurt, 7. 10. 1927; Egen Willi, 1. 10. 1919; Fell Gustav, 11. 4. 1897; Fell Georg, 18. 8. 1911; Fell Josef, 8. 3. 1900; Fell Patrik, 14. 11. 1901; Gehardt Kurt, 8. 7. 1905; Gehardt Manfred, 6. 1. 1927; Gehardt Otto, 22. 5. 1899; Gehardt Rudolf, 30. 4. 1916; Hahn Erich, 19. 4. 1927; Hahn Ernst, 31. 12. 1881; Hahn Ernst, 19. 9. 1909; Hahn Ernst, 5. 7. 1927; Janke Emil, 23. 1905; Janke Georg, 10. 7. 1907; Janke Paul, 4. 11. 1928; Janke Eduard, 25. 12. 1908; Kalza Degenhard, 1. 1. 1927; Kalweit Gebhard, 21. 7. 1923; Kalz Karl, 18. 10. 1899.

Das Ruhrgebiet war die Waffenschmiedezentrale Deutschlands in den Tagen, da Alfred Krupp vor nunmehr 80 Jahren seine Gießstahlproduktion in Schwung gebracht hatte. In den beiden Weltkriegen spielte es für die Versorgung der deutschen Heere...

kaum von der eines Chinesen in Kanton. Was jedoch ihre Anschauungen betrifft, ihre politische Einstellung, ihre Lebensführung, und vielleicht auch ihre Werte, zeigt sich wahrscheinlich ein Unterschied feststellen. Das Klima und die kanadische Kost sind mächtige Faktoren, und wenn dann Mischereihen hinzukommen, dann vermischt sich auch die äußere Identität. Ein Kanadier zu erkennen, der nicht gerade in Uniform ist, wäre nicht leicht. Man könnte aus kanadischen Zivilisten eine Gruppe zusammenstellen, die den Leser sicher verwirren würde.

Arbeitsverpflichtungsgesetz

Von J. Weiser, Md.L. Das wichtigste der in den letzten Sitzungen des Landtages verabschiedeten Gesetz ist das durch den Kontrollratsbefehl Nr. 3 veranlaßte Arbeitsverpflichtungsgesetz. Der Kontrollratsbefehl löst die Arbeitsbehörden in die Möglichkeit, Arbeitskräfte zu anderen dringenden Arbeiten zu verpflichten. Erfahrungsgemäß wird bei solchen Anforderungen...

Die Hundertprozentigkeit

Drei Reaktionen zur kürzlichen Entscheidung im Frankfurter Wirtschaftsrat beleuchten klar die Situation: „Wirtschaftsdiplomaten der SPD durchbrechen“, triumphiert die CDU/CSU. „CDU/CSU steht als reine Unternehmerrpartei da“, erklärt die SPD. Zwei Aussprüche aus der Sphäre des parteipolitischen Machtkampfes. Ihnen steht gegenüber die Reaktion des Volkes. Es versteht nicht, warum durch Parteipolitik eine

selbständig Berufstätige nur in besonderen Fällen und wenn alle anderen Möglichkeiten zur Heranziehung von Arbeitskräften erschöpft sind, verpflichtet werden. Von 14 Jahren ab können Männer bis zu 60 und Frauen bis zu 45 Jahren arbeitsverpflichtet werden. Jugendliche jedoch nur insoweit, als sie durch die Verpflichtung nicht vom Haushalt ihrer Eltern oder ihrer Aufzucht ausgeschlossen werden. Nicht herangezogen werden dürfen ferner schwangere Frauen, Schiller, oder in Berufsausbildung Stehende, sowie gewählte Betriebsräte. Bezüglich der Verpflichtung von Frauen sind einige wesentliche Einschränkungen in das Gesetz eingebaut worden.

Während der Dauer der Arbeitsverpflichtung kann das seitherige Arbeitsverhältnis durch den Arbeitgeber nicht gekündigt werden. Dagegen kann der Arbeitnehmer mit Zustimmung des Arbeitssamtes kündigen. Auch die Dienst- oder Werkwohnung aus dem bisherigen Arbeitsverhältnis ist un kündbar. Ausnahmen sind nur in besonderen Fällen mit Zustimmung des Arbeitsamtes zulässig. Außerdem ist der Urlaubsanspruch geregelt und gesichert.

Jeden halber wird nicht übersehen, daß die Arbeiter auch nach der Währungsreform in der Lage sind, sich selbst zu helfen. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation sind im Einklang mit dem Ziel der Wirtschaftspolitik zu sehen. Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung wird durch den Kontrollratsbefehl Nr. 3 veranlaßt. Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation sind im Einklang mit dem Ziel der Wirtschaftspolitik zu sehen.

„Sturm auf die BNN“

Früher jagten die Zeitungen nach Abonnenten, heute machen die Abonnenten Jagd auf die Zeitung, in einigen Jahren werden die Zeitungen wieder nach ihren Abonnenten jagen müssen.

KURZE STADTNOTIZEN

Brotration. Die Bevölkerung wird darauf hingewiesen, daß für Erwachsene der 4. Woche der 104. Zuteilungsperiode nur noch 1000 g Brot zum Aufbruch kommen.

Meditation in der Badewanne

Früher sprach man nicht von Badewannen, man hatte eine!

Ich liege in der Badewanne. Die Badewanne steht auf der Veranda. Veranda, Badewanne und ich liegen in der Sonne.

Karlsruher Rheinhafen

auf der Verkehrsschau in Köln

Auf der Verkehrsschau in Köln, die gegenwärtig im Messefeld einer alten rheinischen Metropole in Verbindung mit der Kölner Verkehrsbrücke stattfindet, treten sich der Verkehr auf den Wasserstraßen vor.



„Bauer, was verlan...“

Schwerer Arbeitsunfall

Ein 40jähriger Zimmermann erlitt beim Arbeiten an einer Krefeldge einen schweren Unfall, daß er mit lebensgefährlichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht wurde.

Abreise. Die Ausstellung der Erlaubnisse

zur Abreise ist am Montag, den 2. August, im Stadtkreis Karlsruhe durch die Bezirksstellen.

Öffentlicher Caritas-Sammeltag

Die für uns ebenso unangenehm ist die Zeit, die unentbehrlich für jeden Mann genau so unentbehrlich wie die Lebensmittelkarte.

Ministerpräsident Dr. Maier spricht

am Samstag, 2. August, von 21 bis 23 Uhr im Stadtkreis Karlsruhe durch die Bezirksstellen.

Verkehrsunfälle. Am Ruppurrer-Tor-Platz

erregte die Zusammenstoß zwischen einem Lastkraftwagen und einem Motorradfahrer.

Un' sowas heißt m'r Urlaub!

Jetzt muß ich awer a 'mol mei' drickendes Herz erleichter, nämlich von weger-em Urlaub von mei'm Mann Naumens Eustachius.

Karlsruher Lukas-Gilde gegründet

„Christum und Arztberuf“ — eine Ansprache von Chefarzt Dr. Fecht

So führte er u. a. aus, mit klarem Blick und verantwortungsvollem Herzen hinschaut, der weiß, daß ohne die ewigen Stille.

1 Hauptschuldiger und 3 Belastete

Urteile der Karlsruher Spruchkammer

In der Sitzung der Kammer I, am 29. 7. wurde u. a. der Fall des ehemaligen Originalstrafgefangenen...

Schiedesgesele erschleht Lehrertelle

Außerdem tauchen heute falsche Ärzte, falsche Staatsanwälte und falsche Lehrer auf.

2. Division der süddeutschen Oberliga

14 Vereine tagten in Stuttgart-Fellbach

Wieder sind die Würtel vereinbar gefallen. Nach der sensationellen Tagung der Oberliga in Fellbach, die das von niemand Erwartete...

Karlsruher Sportklub

Omibus-Pendelverkehr Karlsruhe - Weingarten

Tagung der Verbands- und Bezirksliga der Gruppe Süd im Fußball. Sämtliche Spielwarte der Kreise Karlsruhe, Bruchsal und Pforzheim...

Demokratie und Masse

Vortrag von Prof. Dr. Stegum

Im Colloquium magnum der TH sprach der Münchner Soziologe Prof. Dr. Stegum über die Demokratie und die Masse.

Un' sowas heißt m'r Urlaub!

Jetzt muß ich awer a 'mol mei' drickendes Herz erleichter, nämlich von weger-em Urlaub von mei'm Mann Naumens Eustachius.

Demokratie und Masse

Vortrag von Prof. Dr. Stegum

Im Colloquium magnum der TH sprach der Münchner Soziologe Prof. Dr. Stegum über die Demokratie und die Masse.

Un' sowas heißt m'r Urlaub!

Jetzt muß ich awer a 'mol mei' drickendes Herz erleichter, nämlich von weger-em Urlaub von mei'm Mann Naumens Eustachius.

Demokratie und Masse

Vortrag von Prof. Dr. Stegum

Im Colloquium magnum der TH sprach der Münchner Soziologe Prof. Dr. Stegum über die Demokratie und die Masse.

Un' sowas heißt m'r Urlaub!

Jetzt muß ich awer a 'mol mei' drickendes Herz erleichter, nämlich von weger-em Urlaub von mei'm Mann Naumens Eustachius.

